

Eine Streitschrift. 16 Jahre unsere Verantwortung

Ein Rückblick auf die Verteidigungspolitik

Die CDU versteht sich als „Partei der Bundeswehr“. Die Unterstützung unserer Streitkräfte, die Notwendigkeit, dass Deutschland sowohl im Bündnis als auch im eigenen Interesse einsatzbereite Streitkräfte aufstellen muss, war nach der Grundsatzentscheidung in den frühen 1950er Jahren in der CDU nie umstritten, während andere Parteien sich mit einem Bekenntnis zur Bundeswehr immer wieder schwertaten.

Die CDU hat seit der Deutschen Einheit bis auf wenige Jahre Regierungsverantwortung getragen und oft den Verteidigungsminister bzw. die Verteidigungsministerin gestellt. Angesichts der Zeitenwende und der multiplen Krisen in der Welt muss die Partei nicht nur neue Antworten auf sicherheitspolitische Herausforderungen finden, sondern auch kritisch zurückschauen: Welche Entscheidungen waren richtig? Welche Fehler wurden gemacht?

Neben den konkreten Maßnahmen, die aus der Zeitenwende folgen, hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine vor allem eines gezeigt: Es war eine linke Lebenslüge, dass künftig Konflikte allein mit Diplomatie und Scheckbuchpolitik gelöst werden können. Natürlich gilt es, militärische Auseinandersetzungen zu vermeiden – welches Volk wüsste das besser als wir Deutschen –, aber es ist offensichtlich, dass auch künftig Mächte danach trachten werden, ihre Interessen im Zweifel mit Waffengewalt durchzusetzen. Auch die CDU hat sich in Teilen dieser unbequemen Wahrheit verschlossen. Die Zeitenwende verlangt vor allem eins: Wir müssen die Welt sehen, wie sie ist und nicht, wie wir sie gerne hätten.

Um aus der Vergangenheit zu lernen, gilt es, sich vor Augen zu führen, welche Entscheidungen richtig waren und welche nicht. Wir wollen lernen und daraus die richtigen Ableitungen für eine Sicherheitspolitik ziehen, die den Deutschen auch im 21. Jahrhundert Frieden und Freiheit sichert.

Die folgende Aufstellung soll zentrale Entscheidungen aus der Zeit der Regierungsverantwortung der Union noch einmal rekapitulieren, bewerten und zur Diskussion stellen. Es war:

Falsch! Der größte Fehler der letzten Jahrzehnte war die „Ökonomisierung der Streitkräfte“. Die Idee, eine Armee wie ein Unternehmen zu organisieren und zu führen, ist gescheitert. Die Bundeswehr ist kein Unternehmen, sondern eine Streitkraft. Militär ist von sich heraus mit dem schonenden Umgang von Ressourcen vertraut. Um nicht missverstanden zu werden: Eine ressourcenschonende Planung ist notwendiger denn je – und es war ein Fehler, der Armee nicht das Material und Gerät zu geben, das sie zur Auftrags Erfüllung und Einsatzbereitschaft braucht. Dies schließt u.a. die Bildung von Reserven und Vorhaltung von Ressourcen in Friedenszeiten für mögliche Krisenszenarien mit ein.

Falsch! Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein Fehler. Damit einher ging zudem der Verlust jeglicher Strukturen zur Wehrerfassung, das Vorhalten von Kapazitäten an Material und Logistik, um im Krisen- und Verteidigungsfall eine schnelle

Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr zu gewährleisten. Kurzfristig vermeintlich richtige (ökonomische) Entscheidungen erweisen sich heute in mittel- und langfristiger Bewertung als falsch. Der Satz von Scharnhorst, nach dem alle Bürger (und heute sicher auch Bürgerinnen) geborene Verteidiger des Staates sind, gilt mehr denn je, denn künftige Konflikte werden nicht nur die militärischen Fähigkeiten von Streitkräften, sondern auch die Resilienz von Gesellschaften auf die Probe stellen. Die Wehrpflicht war und ist Ausdruck eines Bewusstseins, dass alle Bürgerinnen und Bürger – auch diejenigen, die nicht in den Streitkräften dienen –, im Zweifel gebraucht werden, um Frieden und Freiheit zu verteidigen.

- Falsch! Das notwendige Bemühen, die Streitkräfte zu demokratisieren ging zu Lasten der Auftragstaktik und der Einsatzbereitschaft. Anstatt in die gute Ausbildung der Vorgesetzten zu vertrauen, anstatt die Verantwortung der Menschen zu stärken, wurden immer neue Strukturen und Prozesse etabliert, die im Kern Ausdruck eines tiefen Misstrauens gegenüber dem einzelnen Menschen und seiner fachlichen Expertise sowie seiner Kompetenz als Vorgesetzter sind. Die dadurch entstandene Verantwortungsdiffusion widerspricht nicht nur der Auftragstaktik, sondern hemmt die Einsatzbereitschaft enorm. Vom Stabselement Chancengerechtigkeit bis hin zur Gleichstellungsvertrauensfrau wurden Institutionen geschaffen, die Personal binden und bestenfalls einen indirekten Mehrwert für die Auftrags Erfüllung generieren. Es gab in der Struktur der Bundeswehr längst Institutionen, die diese notwendigen Aufgaben hätten ausführen können und sollen. Stattdessen wurde es versäumt, die Innere Führung so zu stärken, dass sie den sich neu stellenden Aufgaben gewachsen war. Künftig müssen gute Führung und herausragende militärische Leistungen wieder stärker belohnt und schlechte Führung sowie mangelhafte militärische Leistung entsprechend sanktioniert werden.
- Falsch! Die Union hat in Regierungsverantwortung keine Anstrengungen erkennen lassen, belastbare Konzepte zum Schutz kritischer Infrastruktur zu entwickeln und die dafür notwendigen Ressourcen bereitzustellen oder wenigstens die dafür notwendigen Kosten zu beziffern. Diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller staatlichen Ebenen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft liegt weiterhin weitgehend brach. Dies schließt einen effektiven Zivilschutz mit ein.
- Falsch! Es ist in der Regierungsverantwortung der Union nicht gelungen, in der Gesellschaft die Notwendigkeit von internationalen Einsätzen der Bundeswehr zu vermitteln. Einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über einzelne Einsätze, wie in Afghanistan oder auf dem Balkan, hat es kaum gegeben. Auch die Parlamentsdebatten und das Parlamentsbeteiligungsgesetz haben daran nichts geändert. Damit verbunden ist der Befund, dass das Interesse an den Streitkräften zwar entgegen des häufig genannten, aber in der Sache falschen Zitats von Horst Köhler vom „freundlichen Desinteresse“ in Wahrheit eine große Unkenntnis über die eigenen Streitkräfte ist. Die Union hat hier zu wenig getan, um in Schulen, an Universitäten, im öffentlichen Diskurs den Sinn und Zweck von Streitkräften sichtbar werden zu lassen.

- Falsch! Es ist der CDU in Regierungsverantwortung nicht gelungen, Planungsprozesse und Beschaffungsvorgänge zu straffen, belastbare Strukturen aufzubauen und bestehende zu reformieren. Das hemmt bis heute die Einsatzbereitschaft der Armee. Die Prozesse sind zudem nicht kriegstauglich.
- Falsch! Auch in der Regierungsverantwortung der Union wurde die Struktur der Armee bürokratisiert. Immer mehr Stäbe, immer weniger Truppe. Hoch dotierte Dienstposten in Berlin und Bonn für Stabsoffiziere, statt gut bezahlte Dienstposten überall im Land für subalterne Offiziere und Unteroffiziere.
- Richtig! Deutschland war in 16 Jahren Regierungsverantwortung der CDU unter Angela Merkel ein international anerkannter und verlässlicher Partner. Dies lag auch daran, dass die Bundeswehr die ihr gestellten Aufgaben in den Auslandseinsätzen, den einsatzgleichen Verpflichtungen, internationalen Missionen und im Bündnis stets erfüllt hat; selbst wenn dies oft nur unter großen Kraftanstrengungen möglich war. Mit einem Aufwuchs des Verteidigungsetats um 89 Prozent seit 2014 hat die Union erste Schritte unternommen, um das von der NATO geforderte 2 Prozent-Ziel zu erreichen. Allerdings muss festgehalten werden: Der Beitrag, den die Bundeswehr zum internationalen Ansehen unseres Landes in Auslandseinsätzen und Missionen geleistet hat, ging zu Lasten der Landesverteidigung.
- Richtig! Die Bundeswehr kann stolz sein auf die eigene Geschichte und Traditionen: Mit der Schaffung des Ehrenmals der Bundeswehr und der Stiftung einer Tapferkeitsauszeichnung sowie dem neuen Traditionserlass, der die Verantwortung der Soldatinnen und Soldaten stärkt und es erlaubt, an Traditionslinien aus der deutschen Militärgeschichte anzuknüpfen, haben wir das innere Gefüge gestärkt und neue Grundlagen für Traditionspflege und Brauchtum geschaffen. Allerdings spielt der Kernauftrag jeder Armee in der Traditionspflege der Bundeswehr bisher nur eine marginalisierte Rolle: Der Kampf. Das muss sich ändern.
- Richtig! Mit öffentlichen Gelöbnissen rund um den Gründungstag der Bundeswehr, dem Beginn einer Veteranenpolitik und Maßnahmen wie dem kostenlosen Bahnfahren in Uniform haben wir die Sichtbarkeit der Bundeswehr in der Öffentlichkeit gestärkt. So wurden Grundlagen für notwendige gesellschaftliche Diskussionen über das Wesen und den Zweck von Streitkräften sowie den Umgang mit unseren Soldatinnen und Soldaten geschaffen. Den Marsch zum Gedenken zu unterstützen und die Entscheidung, die Invictus Games nach Deutschland zu holen, folgten dem Ziel, Bundeswehr und Gesellschaft wieder stärker zu verbinden.
- Richtig! Es war richtig und notwendig, dass die Union große Anstrengungen unternommen hat, um Extremismus in den Streitkräften zu bekämpfen. Eine Gesellschaft, in der rechtsextremes Gedankengut erkennbar vorhanden ist, wird damit leben, dass Menschen mit einer solchen Gesinnung auch in Polizei und Bundeswehr streben. Gerade die Sicherheitsorgane unseres Landes haben aber keinen Platz für

Menschen, denen der Stolz auf die Farben Schwarz-Rot-Gold und die damit verbundenen Werte erkennbar fehlen. Was leider kaum gesehen wird: Inzwischen dienen immer mehr Frauen und auch viele Deutsche mit Einwanderungsgeschichte in unserer Armee. Die Bundeswehr ist trotz mancher Probleme ein Vorbild für Gleichstellung und Integration. Und entgegen vielfacher Behauptung ist sie diverser und vielseitiger als je zuvor und damit ein Abbild unserer Gesellschaft. Dies ist richtig verstanden kein Selbstzweck, sondern verbessert die Einsatzbereitschaft.

Richtig! Erstmals entstand unter Führung der Union ein Weißbuch in einem ressortübergreifenden Prozess. Damit wurde deutlich: Sicherheitspolitik ist als gesamtstaatliche Aufgabe zu sehen, die über den vernetzten Ansatz der Ressorts AA, BMVg und BMZ hinausgreift. Dieses Verständnis wollte die CDU mit der Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates weiter ausbauen. Das war ein richtiges Ziel und harret leider einer Umsetzung.

Richtig! Aktuell wird deutlich: Die Trendwenden Personal und Finanzen waren im Vergleich zur aktuellen Entwicklung erfolgreich. Es gelingt derzeit nicht, weiter genug Nachwuchs für die Streitkräfte zu generieren und trotz des Sondervermögens bleibt der Haushaltsaufwuchs deutlich hinter den Steigerungen der letzten Jahre unter Verantwortung der Union zurück.

Auch die Fürsorge und materielle Lage der Soldaten hat sich in den letzten 16 Jahren deutlich verbessert. Die Agenda Attraktivität unter Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ist hierfür nur ein Beispiel. Sold und soziale Absicherungen können sich auch im Vergleich zu anderen Streitkräften im Bündnis mehr als sehen lassen. Daneben tritt das Netzwerk der Hilfen und der Ausbau der psychosozialen Betreuung. Auch bei der Fürsorge für aus dem Dienst ausgeschiedene Soldaten sind mit der Veteranenpolitik erste wichtige Schritte gegangen worden.

Andere Armeen des westlichen Bündnisses sind uns hier sicher voraus, wenn es um die Frage geht, bei der Einsatzbereitschaft eines Soldaten sein soziales Umfeld, seine Familie und den Arbeitsplatz seines Lebenspartners mitzudenken. Auch hier gibt es noch Verbesserungsmöglichkeiten, aber erste Maßnahmen, z.B. bei der Kinderbetreuung sind auf den Weg gebracht worden.